

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,-, 3- und 6-Monatspreise 5,-, 12,-, 24,-. Bei Bestellungen 1,50 RM. jährlich Bestellgeld. Einzelnummern 10 Pf. Alle Postbestellungen, Vorkasse und Geschäftsstellenbestellungen entgegen. Im Abonnement oder sonstiger Weise eingekauftes Exemplar erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Anzeigenpreis: die 5-spaltige Zeile 20 Pf., die 4-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 3-spaltige Zeile im amtlichen Teil 1 RM. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Sonstige Anzeigen nach Vereinbarung. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Für die Richtigkeit der Angaben über den Inhalt der Anzeigen keine Verantwortung. Jeder Abonnent ist verpflichtet, wenn der Betrag durch den Fernruf übermittlelten Anzeigen über den Betrag der Anzeigen eingezogen werden muß über den Auftraggeber in Kenntnis zu setzen.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 77 — 91. Jahrgang      Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“      Wilsdruff-Dresden      Postfach: Dresden 2640      Sonnabend, den 2. April 1932

## Der Hexenkessel.

Bitte zahlen! — Gefährlicher Ratsch — Erinnerung und Mahnung.

Heutzutage wird derart viel geredet, daß eigentlich nicht ein einziges markantes Wort länger als nur ein paar Tage im Ohr des Hörers, im Gedächtnis des Lesers haften bleibt. Um ein auf diese Tatsache passendes, aber aus früherer Zeit stammendes Wort anzuführen, sei an das bekannte: „Das läßt tief blicken, sagt Sabor“ erinnert. Von diesem ehemaligen Reichstagsabgeordneten Sabor stammt übrigens noch ein anderes Wort, das es gleichfalls zum Range eines „gestiegenen“ gebracht hat: „Es geht etwas vor, man weiß aber nicht, was.“

Es geht etwas vor mit und in der Frage des Young-Planes zwischen Frankreich und England, — man weiß aber nicht, was. Viel zu groß, um mit Macdonald eine Ansprache über die Wirtschaft- und Finanzpläne an der Donau zu veranstalten, ist der Kreis seiner Personen, die Tardieu auf seine Londoner Reise mitnimmt, die andererseits Macdonald zu dieser Unterredung heranzieht. Der französische Ministerpräsident rührt die politische Trommel, will seine erste Begegnung mit dem englischen Premierminister offensichtlich bedeutsam erscheinen lassen, — und vielleicht ist sie auch sehr bedeutsam, aber mehr für die deutsche Tribüne als für die Donaufrage! Daß Tardieu dabei auch stark auf die baldigen Neuwahlen in Frankreich hinzielt, kann man ihm nicht verdenken; es geht bei ihnen nicht bloß um seine eigene Stellung als Staatsminister, sondern auch um die Form und Farbe der künftigen Politik Frankreichs. Versucht er etwa mit dem Erfolg aus London heimzukommen, daß er dort jetzt endlich ein englisches Nachgeben in der Tributfrage erreicht habe in dem Sinne, daß England in eine Verlängerung des Hoover-Feierjahres vielleicht um sechs Monate einwilligt, daß also damit für die kommende Juni-Konferenz eine gemeinsame englisch-französische Marschroute geschaffen wird? Stimmen, die von einer Art Einigungsbereitschaft Macdonalds nach dieser Richtung hin sprechen, sind in England selbst laut geworden. Stellen kann Tardieu bei solchen Verhandlungen und Absichten allerdings nicht brauchen. Aber in dem feinen Ratsch ist ein Voch: Amerika. Vom Hoover-Feierjahr profitieren auch die Franzosen und Engländer als Schuldner Amerikas. Und vorläufig erklärt Washington immer wieder, am 1. Juli die Aufforderung an alle seine Schuldner richten zu wollen: Bitte, zahlen! Frankreich zieht neuerdings seine dortigen Guthaben weg, aber nicht, um sie nach Paris heranzuholen, sondern um sie nach — England zu legen. Auch „das läßt tief blicken, sagt Sabor“.

Die Geheimdiplomatie ist eben bekanntlich schon vor vierzehn Jahren auf den Befehl des „Punktkommandanten“ Wilson derart gründlich abgeschafft worden, daß man heute nur allzu häufig festzuhalten muß: „Es geht etwas vor, man weiß aber nicht, was!“ Daß darum nicht die — Geheimdiplomatie blüht, ist menschlich zwar zu verstehen, vermag man auch zu belächeln, — aber nur, solange dieses Wispern und Klüßern „unter dem Siegel der Verschwiegenheit“ nicht über den Umfang des Weltgeschäftes und „Uniergründlichkeit“ sein-Wollens hinausgeht. Anders ist's, wenn sie gefährlich wird, Lebensinteressen berührt. Um den Reberien „dunkler Ehrenmänner“ zu begegnen, sah sich die Reichsregierung zu der scharfen Erklärung genötigt, an ein „Moratorium“ für die Zins- und Amortisationszahlungen unserer Anteile im Ausland werde nicht gedacht. Gewiß liegen infolge des ständig noch wachsenden Kampfes, den das Ausland gegen die deutsche Ware mit allen nur möglichen Mitteln führt, Gefahren für unsere zukünftige Zahlungsfähigkeit in der Luft. Aber sofort schritt man über Worte und Dementis hinaus zu der Maßnahme, aus unseren vorhandenen und aufkommenden Devisen noch weniger, viel weniger für die Zwecke der Einfuhr herauszugeben. Und nun schlägt auch der Reichsverband der Deutschen Industrie selbst vor, mit noch viel weitergehenden Maßnahmen gegen die nicht unbedingt notwendige Einfuhr dafür zu sorgen, daß uns der Rest unseres Goldschatzes nicht wegschleift. In England und Amerika — hier wie dort mit Erfolg — wird gegen die bestehende Erschlüßung des „Kredits“, des Vertrauens, gearbeitet; auch Deutschland ist schon unendlich viel, muß gerade jetzt alles tun, mit seinen schwachen Kräften sich den mühsam wieder erlangenen Kredit zu erhalten und ihn zu stärken. Wenn also vom Ausland her geberberstet in Deutschland kreditgefährdende Gerüchte verbreitet werden, dann — „läßt das tief blicken, sagt Sabor“.

Und im übrigen geht heute — anders als in jenen erregten Bismarck-Zeiten, als Sabor seiner enttäuschenden, sondern wir wissen von vielem sehr, nur allzu gern vor unseren Augen, umgibt uns, erfüllt uns, läßt uns in seiner Kürzbarkeit kaum noch atmen. Wir sind alle

## Industrie gegen Autarkie.

### Für eine Änderung der Devisenwirtschaft.

Forderungen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie.

Die Handelspolitische Kommission des Reichsverbandes der Deutschen Industrie tagte unter dem Vorsitz von Staatssekretär Dr. von Simson, der über die allgemeine handelspolitische Lage berichtete.

Eine eingehende Aussprache über die Probleme, die sich aus der Rückwirkung der deutschen Devisenlage auf die Handelspolitik ergeben, wurde durch ein Referat von Geheimrat Rastl eingeleitet. Es bestand Übereinstimmung darüber, daß die

Abnahme des deutschen Ausfuhrüberschusses durch die Absperurmaßnahmen des Auslandes zwangsläufig zu einer Verschärfung der Devisenlage führen muß, wenn auf der einen Seite der Dienst für unsere Auslandsverschuldung aufrechterhalten und die Ernährung der Bevölkerung sowie die Versorgung der Industrie mit den notwendigen ausländischen Rohstoffen sichergestellt werden soll.

Angesichts dieser Lage wird es für unerlässlich gehalten, jeden nur möglichen Versuch zu unternehmen, der geeignet ist,

zu Devisensparnissen zu gelangen, ohne dabei die deutsche Einfuhr, deren weitere Förderung unter allen Umständen für notwendig gehalten wird, zu beeinträchtigen.

Die weitläufige überwiegende Mehrheit der Handelspolitischen Kommission vertrat den Standpunkt, daß das gegenwärtige System der Devisenbewirtschaftung diesen Bedürfnissen nicht gerecht wird. Es wurde eine Verbesserung der Devisenbewirtschaftung im Sinne einer erweiterten Berücksichtigung volkswirtschaftlicher Gesichtspunkte verlangt mit dem Ziel einer

bedorzugten Zuteilung von Devisen für die Einfuhr notwendiger Lebensmittel, Rohstoffe und gewisser unentbehrlicher Halbfabrikate. Die Handelspolitische Kommission steht auf dem Standpunkt, daß sobald als möglich eine Änderung der bisherigen Devisenbewirtschaftung durchgeführt werden muß, um rechtzeitig den oben erwähnten Erfordernissen gerecht werden zu können.

Sie vertritt im übrigen die Auffassung, daß alle Pläne in der Richtung einer Autarkie ebenso schärf wie etwa damit verbundene Währungsexperimente abzulehnen sind.

### Weitere Enteignungen deutschen Grundbesitzes in Polen.

Einseitige Anwendung des Bodenreformgesetzes.

Das polnische amtliche Verordnungsblatt veröffentlicht eine Liste der im Laufe des Jahres zu enteignenden Grundstücke. Demnach entfallen in Polen auf deutschen Grundbesitz ungefähr 3000 Hektar und auf polnischen ebenfalls 3000 Hektar. In Pommern entfallen auf deutschen Grundbesitz etwa 5700 Hektar und auf polnischen nur 1600 Hektar.

Wie bisher, so ist auch dieses Mal das Mißverhältnis des zur Enteignung bestimmten deutschen Grundbesitzes gegenüber der polnischen Quote auffallend. Dieses ist noch um so auffällender, als Polen bekanntlich den letzten Beschluß des Freier-Komitees hinsichtlich der Agrarreformfrage des deutschen Abgeordneten Graebe an den Völkerbund angenommen hat. Nichtsdestoweniger setzt Polen diese Enteignungen fort.

viel mehr als nur neugierige Zuschauer. Wir sehen es, erleben es, sind mitten drin in diesem Hexenzirkel, der nun allerdings allzu oft verhindert, auch die andern in ihrer gleichen Not zu sehen. So manches Mal, oft, vielleicht täglich muß man an die Parabel denken von jenem Manne, der den Söhnen ein Bündel von Stäben gab; es zu zerbrechen war unmöglich, bis der Vater das Bündel auflöste und jeden Stab einzeln zerbrach. Einst, vor 117 Jahren, als am 1. April Bismarck geboren war, — da ist Deutschland „ein geographischer Begriff“ gewesen, wie spöttisch ein nichtdeutscher Zeitgenosse sagte, ein Haufen einzelner Städte. Bismarck war es, der das eiserne Band der Einheit um diese Städte geschlungen hat. Auch die Folgen des Weltkrieges haben dieses Band nicht sprengen und zerreißen können. Soll Parteilichkeit und wirtschaftlicher Egoismus es lösen? Gerade heute hat man ja in danger Sorge um Deutschland Veranlassung mit Bismarck zu klagen: „Wir haben die traurige Erfahrung gemacht, daß die Parteilichkeit höher steht als das Interesse für irgendeine nationale Einrichtung!“ Dr. Fr.

### Die Not der Donaufstaaten.

Auflast zur Ratstagung.

Der Bericht des Finanzausschusses an den Völkerbundsrat über seine Tagung in Paris ist jetzt der Öffentlichkeit übergeben worden. Die Pariser Tagung des Ausschusses galt vor allem der Unterredung der Finanzlage Österreichs, Ungarns, Griechenlands und Rumäniens. Der Bericht verdient unter anderem auch deswegen Beachtung, weil er den Rahmen für die zum 12. April einberufene Ratstagung geben wird. Bei der Behandlung dieses Fragenbereiches hat der Ausschuss auch die Zusammenhänge zwischen der finanziellen Verdrängung dieser Staaten und der allgemeinen Wirtschafts- und Finanznot aufgezeigt.

Er stellt dabei unter Zitterung des Baseler Sachverständigenausschusses vom Juli 1931 und des im Dezember letzten Jahres zusammengetretenen Beratenden Sonderausschusses fest, daß die Verschlebung der Lausanner Konferenz bis Juni dieses Jahres von einer ersten Verschärfung der Weltlage begleitet ist, und daß diese allgemeine Verschärfung erste Rückwirkungen auf die Lage der vier genannten Staaten ausstrahlt hat.

Infolgedessen reichten auch die früher von ihm vorgeschlagenen Hilfsmassnahmen nicht mehr aus, weil die großen Probleme bis jetzt noch keine wirkliche Lösung gefunden hätten. Mit besonderer Eindringlichkeit betont der Ausschuss

die Notwendigkeit raschesten Handelns, um einem neuen finanziellen Zusammenbruch vorzubeugen. Für den Augenblick schlägt er eine gemeinsame Aktion in Form einer auf den internationalen Märkten aufzubringenden Anleihe unter der Bürgschaft der beteiligten Staaten vor, um die dringendsten Bedürfnisse der betroffenen Länder zu befriedigen. Der Ausschuss erinnert dann an die Empfehlung in seinem letzten Bericht, sobald als möglich in Mitteleuropa engere wirtschaftliche Beziehungen zwischen den benachbarten und anderen Staaten herzustellen.

Er begrüßt die auf diesem Gebiet entfaltete Initiative, enthält sich aber jeder eigenen Stellungnahme zu den hier im Spiel befindlichen politischen Fragen.

### Wir fürchten Deutschlands Konkurrenz.

Prag, 1. April. Der Herausgeber des englischen Spectator, Sir Evelyn Brench, hatte eine Unterredung mit dem Präsidenten Masaryk, in der der Präsident sagte: „Vor allem muß man zu einem gemeinsamen Plan zunächst zwischen den kleineren Donaufstaaten allein gelangen. Aufrichtig gesagt, befürchten wir die Konkurrenz Deutschlands, eines großen Staates von mehr als 60 Mill. Einwohnern. Wir würden Sorgen haben wegen einer deutschen Vorherrschaft, wenn Deutschland jogleich von Anfang an in diese Kombination eingeschlossen würde. Ebenso würden wir es aber auch nicht empfehlen, wenn irgendeine andere Großmacht sich von vornherein an diesen rein wirtschaftlichen Verband anschließen würde. Unser Plan der wirtschaftlichen Zusammenarbeit in Mitteleuropa ist durchaus nicht gegen Deutschland gerichtet, im Gegenteil, wir glauben, daß seine erfolgreiche Durchführung für Deutschland große Vorteile hätte. Was wir benötigen, ist ein föderatives System für Europa, und ich glaube, daß die einzige dauernde Unterlage für den europäischen Frieden die französisch-deutsche Zusammenarbeit mit Unterstützung Englands und Italiens wäre. Ich würde aus voller Seele wünschen, daß eine Zusammenarbeit der ganzen Welt erzielt werden würde.“

### Eltern zur Jugenderziehung.

Evangelischer Reichselterntag.

Der zehnte evangelische Reichselterntag wurde heute vor 500 Vertretern der evangelischen Elternschaft eröffnet. Der erste Vorsitzende, Erzengel Dr. Conzen, wies in seiner Begrüßungsansprache darauf hin, daß die evangelische Elternbewegung aus dem Jahre 1848 geboren sei, im Jahre 1848 stehe und im Jahre 1932 verharren müsse. Der geistliche Vizepräsident des evangelischen Oberkirchenrats, Oberdomprediger D. Burkhart, betonte mit besonderem Nachdruck, die evangelische Kirche werde immer an der Seite der um

Christliche Erziehung der Kinder kämpfenden Elternschaft zu stehen sein. Nach weiteren Begrüßungsansprachen sprach der Hamburger Synodalsprediger Hauptpastor D. Dr. Schöffel über „Deutsches Volkstum und evangelische Schule“. Er führte u. a. aus: Unser Volk stehe gegenwärtig an einer Schicksalschwende. Volkstum und Evangelium seien ihm fremd geworden. Eine neue Zeit breche an, die für das Objektive Geltung verlange. Deswegen müsse wie das ganze Leben, so auch